„Jude sein in Israel ist kein Zuckerschlecken"

SPIEGEL-Korrespondent Henri Zoller über den Kulturkrieg zwischen religiösem und weltlichem Judentum

Schwer zu sajn a jid", sagten schicksalergeben unsere Vorfahren auf jiddisch, wenn russische Kosaken, polnische Chauvinisten oder deutsche Faschisten ihnen nachsetzten. „Schwer zu sajn a jid", sagen viele von uns heute wieder – und sie meinen damit nicht, daß der Krieg der Araber gegen den Judenstaat sogar fast 40 Jahre nach dessen Gründung noch weitergeht.

Sie meinen auch nicht die Gefahr einer „Orientalisierung" des westlichen Judentums in Israel, und sie meinen nicht mal ihre Enttäuschung darüber, daß die waghalsigste Staatsgründung dieses Jahrhunderts entgegen den Hoffnungen der Gründungsväter am Ende doch kein Gemeinwesen völlig neuer Art hervorgebracht hat.

Was viele aufgeklärte Israelis heute bedrückt, ist ein „Kulturkrieg" (so Innenminister Jizchak Perez), der um die Seele dieses Staates entbrannt ist, ein „Beinahe-Bürgerkrieg" (so Jerusalems Bürgermeister Teddy Kollek) zwischen dem geistlichen und dem weltlichen Teil.

Der Widerspruch ist tief, der Konflikt unausweichlich. Denn dieser Staat gründet sich auf die hebräische Bibel. Ihre Helden waren großenteils Ultras, die zwar einem vergleichsweise fortschrittlichen Sittenkodex folgten, aber extremistischen Ideen huldigten. Ein ähnlicher religiöser Extremismus bedroht heute Israel, der Judaismus droht sich in religiösen Jingoismus zu verwandeln.

Aber die Mehrheit der Israelis will nicht, daß ihr gelobtes und geliebtes verheißenes Land zu einer Festung gottergebener Zeloten wird. Dieses Volk hat fürwahr zu viel gelitten, als daß es eine solche Zukunft verdient hätte.

Dennoch sind wir auf dem besten Weg dorthin, und deshalb ist es nötig, daß wir säkularen Juden den Verkündern des Gottesstaates ein tausendfaches „J'accuse" entgegensetzen. Denn: „Im Verhältnis zwischen Israels religiösen und Israels weltlichen Bürgern läuft die Sanduhr schnell ab", warnte im September eine Sendung des israelischen Fernsehens.

Angesichts dieser Gefahr reicht der in Israel geläufige Euphemismus nicht mehr hin, letzten Endes seien wir ja alle Juden, verdammt, ein gemeinsames Schicksal zu tragen. Es ist nicht mehr zu tarnen, daß wir am Rande eines zügellosen Ringens „zwischen Knesset und Bet Knesset", zwischen Parlament und Synagoge, stehen.

Hier kämpfen die zionistischen Träumer, die Israel als Teil der westlich-demokratischen Welt verstehen, gepaart mit einem jüdischen Universalismus, die entscheidende Schlacht gegen die Rückkehr zu einer alttestamentlichen Weltanschauung, aus welcher der Zionismus vor einem Jahrhundert ausbrach.

Theodor Herzl, Begründer des modernen Zionismus, war noch so naiv zu denken: „Der Glaube einigt uns." Doch in dem von ihm erträumten, nun existierenden Judenstaat ist die religiöse Standesordnung mit ihren über 2000 aktiven Rabbinern und 5000 Synagogen ein schwer erträglicher Ordnungsfaktor geworden – mehr noch: Keim der Spaltung. Denn die Religiosität wird maßgebend von einer immer aggressiveren Orthodoxie bestimmt. Religiöser Zwang bedroht individuelle Bürgerrechte.

Hingegen wollen wir aufgeschlossenen Juden – nach unserem langen Marsch vom Getto zum Golfplatz – nicht in eine reaktionäre Gesellschaft zurück, in der „die Rabbinatsbehörden dieselben Vorrechte beanspruchen, die die katholische Kirche im Mittelalter besaß", so der Professor (für jüdische Philosophie) Elieser Schweid.

Nein, wir können uns unter keinen Umständen mit dem eifersüchtigen Partikularismus der Eiferer abfinden, deren archaischer Glaube einem Aberglauben immer ähnlicher wird.

Absurd genug: Die beiden Seiten der israelischen Realität sind ungleich stark. Das gesamte religiöse Lager, in all seinen Schattierungen, umfaßt kaum mehr als 14 Prozent der Wahlbürger, obwohl mehr als die Hälfte der Israelis sich als glaubende Juden betrachten. Im Parlament sind die Religiösen mit nur 12 von 120 Abgeordneten vertreten. Dennoch hat ihr Einfluß ständig zugenommen. Zugleich treiben tiefe Spannungen im Lager der Frommen die radikalsten Gruppen nach vorn.

Schätzungsweise 25 000 Fundamentalisten der Bewegung „Neture Karta" (Schützer der Stadt) oder ihnen nahestehende Ultras sehen in der Existenz eines modernen Israel die „Hölle auf Erden".

„Der zionistische Staat ist eine Strafe Gottes. Wir beten für seine Zerstörung, jedoch wenn möglich ohne Blutvergießen", solchen Wahnsinn reden die Schüler in den Religionsschulen dieser „Austrittsgemeinden" daher. Selbstsicher bekundet „Neture Karta"-Wortführer Rabbi Uri Bläu: „Wir werden unser Credo, einen von Gottes Gesetzen beherrschten Staat, früher oder später, in 10 oder 20 Jahren, verwirklichen."

Orthodoxe Juden in Jerusalem*: „Der zionistische Staat ist eine Strafe Gottes"

„Die Zeloten wollen in Israel herrschen wie Chomeini im Iran", urteilt die liberale Abgeordnete Schulamit Aloni. Kann man viel Schlimmeres über Israel sagen? Und ausgeschlossen scheint ein Sieg der Frommen keineswegs, Gott behüte.

Begonnen hatte diese fatale Fehlentwicklung unmittelbar nach der Staatsgründung. Die Absicht Ben-Gurions, dem neuen Israel eine Verfassung zu geben, wurde von den Orthodoxen sofort blockiert. Denn ihnen waren die Thora (die fünf Bücher Mose) und die Halacha (das überlieferte Religionsgesetz) die „für das jüdische Volk einzige

* Beim Gebet an der Klagemauer.

gültige Konstitution". „Um des lieben Himmels willen" fügte sich damals Ben-Gurion solchen Ansprüchen.

Die Frommen erhielten solide Grundrechte garantiert, mit denen, so hofften wir damals, auch der weltlich eingestellte Teil des Volkes leben könnte: Unser „Konkordat" sicherte den Glaubensrittern das Monopol im Personenstandsrecht, die Beachtung der Koscher-Speisegesetze in allen öffentlichen Institutionen einschließlich Armee und Gefängnissen sowie die gesetzlich verankerte Heiligkeit des Sabbats, die (mit wenigen Ausnahmen) das öffentliche Leben an religiösen Ruhe- und Festtagen völlig lahmlegt.

Gläubige mit Thorarolle vor der Klagemauer: Systematisch von Zeloten erobert

Das wäre beinahe noch erträglich gewesen. Jedenfalls erschien es mir erträglich, als ich 1948 nach Israel kam, ein deutscher Jude aus einer traditionalistisch-frommen Berliner Familie. In einer orthodoxen Schule erzogen, war ich immer aus trotziger Selbstverständlichkeit Jude gewesen. Regelmäßig auf dem Schulweg bezogene Schläge von Nazilümmeln bekräftigten lediglich den bewußten Stolz, diesem Volk anzugehören.

Nach der Flucht aus Hitlers Reich mußte ich im Rahmen einer alljüdischen Einheit des französischen Untergrunds einen in dieser Situation besonders schwer erträglichen Antisemitismus anderer Résistance-Kämpfer gegen die „sales juifs" hinnehmen. C'est la vie.

Die Gewissenskonfrontation mit meinem Judentum begann paradoxerweise erst im jüdischen Staat, unter dem Druck jener Zwänge, welche die Religiösen dem Land auferlegten. Für mich war das Judentum ein Ensemble von Traditionen, Gebräuchen, Kultur und kollektivem Gedächtnis. Ein von der absoluten Heilsgewißheit der Orthodoxie beherrschtes Judentum war mir fremd.

Sicher – selbst wer die Vorherrschaft der Orthodoxie verwirft, kommt als Jude an der Religion schwer vorbei. Doch ich möchte, wie wohl die Mehrheit meiner Mitbürger, auf mein Recht pochen, ohne himmelstrebende Frömmelei aus eigener Wahl Jude zu sein.

Schließlich versteht sich der Zionismus als eine Änderung der Leidensgeschichte des jüdischen Volkes. Und diese Reaktion auf Assimilierung und Antisemitismus weist den Weg zu einem neuen Judentum, zu einer „Erneuerung des Judentums aus innerster Seele", wie Max Brod gesagt hat.

Deshalb möchte ich an Gewissensfreiheit glauben, an eine pluralistische Gesellschaft, die jedem Bürger das Recht sichert, seinen Glauben so zu praktizieren, wie er es für richtig hält – oder ihn nicht zu praktizieren.

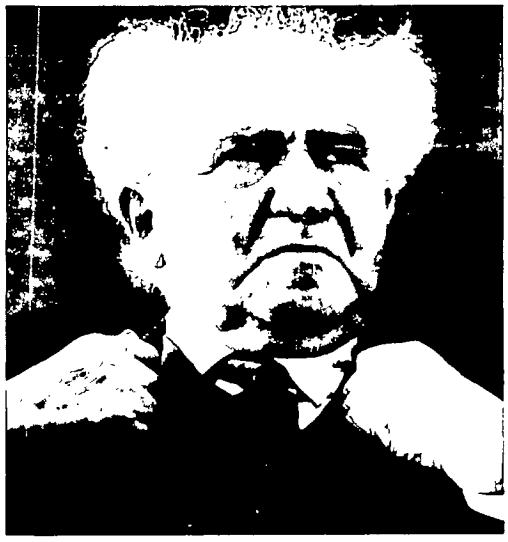
Hingegen fällt es mir schwer zu akzeptieren, daß Erlasse aus biblischen Zeiten das Leben Israels im Jahre 1986 bestimmen sollen, als ob zuallererst die Synagogen geschaffen worden seien und dann die Welt ringsherum.

Warum darf ich am Sabbat nicht Auto fahren, auch nicht zur Synagoge? Warum gilt es als verbotene Arbeit, wenn ich am religiösen Ruhetag das elektrische Licht anknipse, den Gasherd anzünde oder die Tür meines Kühlschranks öffne?

Warum darf ich nicht essen, wann und was ich will, ohne daß radikale Rigoristen mir auf den Teller schauen? Warum soll ich ein religiöses Diktat von der

Israelis am Strand von Tel Aviv: „Langer Marsch vom Getto zum Golfplatz"

Zionismus-Begründer Herzl
„Der Glaube einigt uns"



Gemäßigter Ben-Gurion, Ultra Porusch: „Um des lieben Himmels willen"

Wiege bis zum Grabe hinnehmen, das den Weg ins Mittelalter weist?

Warum darf ich Frauen nicht als gleichberechtigt ansehen, soll ich wie die jüdischen Männer den Schöpfer alltäglich loben, „daß du mich nicht als Frau geschaffen hast"? Im Oktober 1986 blieben zwei ultraorthodoxe Abgeordnete der Vertrauensabstimmung für die Regierung Schamir fern, weil dieser eine Frau in die Ministermannschaft aufgenommen hatte.

Im Industriestaat Israel soll die Textilindustrie nicht mehr für Strandmode mit spärlich bekleideten Mädchen werben. Das sei „eine zügellose Besudelung des Heiligen Landes", tobten Jerusalems Religiöse im Sommer 1986 und steckten über 150 Autobus-Haltestellen mit angeblich „pornographischen" Abbildern solcher Badeschönheiten in Brand.

Nach und nach haben die Glaubensstreiter ihren religiösen Aktionismus eingesetzt, um Gottes oder richtiger: ihre eigene Herrschaft auf Erden zu fundamentieren. Denn schließlich sei ja Israel, wie sie es verstehen, „nicht nur Heimatland, sondern auch heiliges Land", so der ultraorthodoxe Abgeordnete Rabbi Menachem Porusch.

Längst mußte die nationale Fluggesellschaft El Al ihren Dienst am Sabbat und an jüdischen Feiertagen einstellen, obwohl das den Staat nahezu 100 Millionen Dollar jährlich kostet.

Der Abbruch einer Schwangerschaft, die Verpflanzung eines Organs, die Sezierung von Leichen sind auf religiösen Druck praktisch untersagt.

Der Verkauf von Schweinefleisch, im Volksmund „weißes Fleisch" oder „deutsches Schaf" genannt, ist gesetzlich unterbunden. Wo die Schweinezucht dennoch weitergeht, werden die Borstentiere oft nicht in Ställen, sondern auf Brettern großgezogen, damit sie „keinen jüdischen Boden berühren".

Sogar Israels Nationalsport, die Archäologie, ist den Frommen zuwider. Es stimmt sie keineswegs milder, daß die Ausgrabungen Israels heutige Existenz legitimieren sollen. Sie interessiert nur, daß dabei möglicherweise ein alter jüdischer Friedhof geschändet, die Ruhe der auf die Auferstehung wartenden Toten gestört werden könnte.

Sie schrauben ihre Ansprüche immer höher. So bekämpfen sie alljährlich die Einführung der Sommerzeit, demonstrieren gegen Fußballspiele, Theater- und Kinovorstellungen am Sabbat sowie gegen gemischte Schwimmbäder.

In mehreren Wohnvierteln der Religiösen, besonders in Jerusalem und Bne Brak bei Tel Aviv, ist am Sabbat jeglicher Straßenverkehr verboten. Wer sich im Auto dorthin wagt, wird oft mit Steinen beworfen, der Fahrer als „Nazi" angepöbelt. „Wir haben schon mehr als 40 Straßen für den Sabbat-Verkehr völlig gesperrt, doch das genügt ihnen nicht", klagt Bürgermeister Kollek.

Sowieso wird die Heilige Stadt Jerusalem systematisch von Zeloten erobert. Tausende Orthodoxe ziehen in Israels Hauptstadt, wo eine religiöse Mehrheit bereits ganze Viertel beherrscht. Abraham Fried, Vorsitzender einer Liga gegen den religiösen Zwang, erwägt deshalb schon, aus der Heiligen Stadt nach Tel Aviv überzusiedeln.

Zu den Fanatikern der Orthodoxie zählen vor allem viele Neubürger aus den USA und der Sowjet-Union, die mit der Einwanderung eine Rückkehr zur Religion der Vorväter verbinden, so wie viele der Neusiedler in den seit 1967 besetzten arabischen Gebieten: Über ein Drittel der Siedler, noch weit mehr der

Religiöse Eiferer vor Gericht*
Gottgefällige Hinterwäldler

* Im Juni 1986 in Jerusalem.

Mitglieder der Siedler-Organisation „Gusch Emunim" (Block der Getreuen), Vorkämpfer eines Groß-Israel, stehen im religiösen Lager.

Der endgültige Anschluß von „Judäa und Samaria" an den Judenstaat erscheint ihnen keineswegs nur aus Sicherheitserwägungen erforderlich, sondern weil „Gott dieses Land dem auserwählten Volk versprochen hat".

So sieht das Israel von 1986 aus, und so soll es weitergehen. Doch eine solche Entwicklung will ich, wollen viele meiner Mitbürger den gottgefälligen Hinterwäldlern nicht gestatten. So ist denn Jude sein angesichts der wachsenden religiösen Intoleranz in der wiedererstandenen Heimat meines Volkes noch immer kein Zuckerschlecken.

Wie die überwältigende Mehrheit der Israelis glaube auch ich: Jude sein bedeutet nicht unbedingt blinde Identifizierung mit dem Ritual der Vorväter und einem absoluten Bekenntnis zur Halacha. Für die Orthodoxie aber ist alles längst festgelegt, wurden alle denkbaren Fragen von Bibel und Propheten für alle Ewigkeit verbindlich beantwortet.

Für sie ist es Todsünde, daß es Juden gibt, die glauben, Gott sei im Holocaust umgekommen, und die das bittere Bedürfnis nicht verdrängen wollen, auch die Welt des Judentums neu gestalten zu müssen.

Recht haben die Orthodoxen sicher mit der Behauptung, in unserer Geschichte habe nicht das Volk seine Religion, sondern die Religion das Volk vor dem Untergang bewahrt. Auch wenn es den Juden schlechtging, blieb das Judentum über Jahrtausende bestehen, ein einzigartiges Phänomen in der Geschichte der Menschheit.

Aber muß deshalb dieser Staat nur die unwillig geduldete Wartehalle eines messianischen Zeitalters sein, wie die Orthodoxen meinen? Ich habe keinerlei Absicht, sie zu meinen Zweifeln zu bekehren. Doch ich erwarte meinerseits, daß die selbsternannten Gralshüter des jüdischen Glaubens ihre Verpflichtungen gegenüber unserem gemeinsamen nationalen Heim erfüllen.

Ich möchte auch nicht von ihnen als Ketzer betrachtet werden, dem sie ihre Weltanschauung aufdrängen, weil sie den Grundsatz „Kol Jisrael arewim se lese" vertreten, nach dem jeder Jude für das Verhalten aller Juden verantwortlich sein soll.

Aber von einer derartigen Zurückhaltung wollen die nach der Seligkeit strebenden Zeloten wenig wissen. Für viele von ihnen ist Israels nationale Renaissance ohnehin ein Verstoß gegen göttliche Fügung, erscheint „ein moderner Pluralismus für das Judentum eine größere Gefahr als der Holocaust", zu diesem Urteil verstieg sich der ultraorthodoxe Rabbiner Chaim Scheinfeld.

Der Ausgang des Ringens zwischen religiösem und weltlichem Judentum erscheint dem Rabbi Scheinfeld vorherbestimmt. Er weiß dazu ein Gleichnis: Auf einem schmalen Pfad kreuzen sich zwei Karren. Einer ist voll beladen, der zweite leer. Der Platz reicht nicht für beide. Also muß einer ausweichen. Und das wird natürlich der leere Wagen sein. Will heißen: Die jüdische Religion hat Vorrang vor dem weltlichen Zionismus.

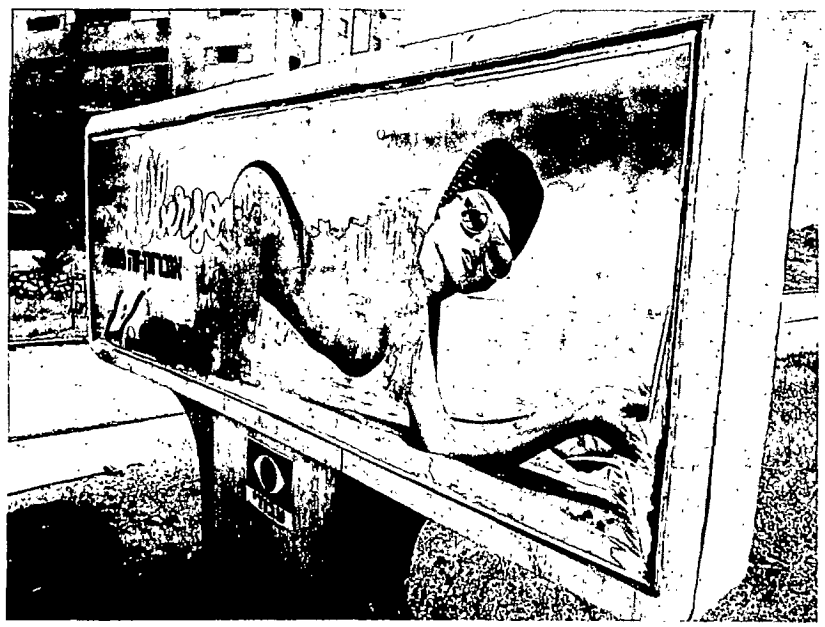
Nun behaupten die Talmud-Trabanten, sie seien die besseren Juden. Denn in ihren Familien gebe es weder Scheidung noch Auswanderung, in ihren Wohnvierteln sei von Rauschgift oder Kriminalität keine Spur. Denn dort herrsche „die Thora und nicht TV oder Discos".

Das mag sogar stimmen. Doch ihr Extremismus läuft allen humanen Grundsätzen des Judentums zuwider. Ihr engstirniger Versuch, absolute Verhaltensregeln in Sprüchen und Schriften längst verstorbener Thora-Weiser zu finden, ohne die Lebensbedürfnisse moderner Menschen zu berücksichtigen, schürt nun sogar einen militanten Antiklerikalismus und spaltet das Volk.

So ergab eine Umfrage, daß nur 13 Prozent der Israelis die Orthodoxen als „ehrlich und zuverlässig" betrachten, aber 25 Prozent meinten, sie seien Lügner.

- Diese Puritaner in ihren rabenschwarzen Kaftanen glauben wohl wirklich, der Messias werde erst kommen, wenn alle Juden, und sei es ein einziges Mal, den Sabbat sowie die 248 Gebote und 365

Polizei-Einsatz gegen Orthodoxe in Jerusalem: „Ein Beinahe-Bürgerkrieg"



Bademodenplakat in Tel Aviv: „Zügellose Besudelung des Heiligen Landes"

Verbote der Halacha einhalten. Doch das wird wohl nie geschehen, denn gerade ihre salbungsvolle, zeitfremde Ekstase hält viele von uns von der Religion der Vorväter fern.

Ein latent bestehendes Bedürfnis, durch ein stärkeres religiöses Engagement betonter Teil der Gemeinschaft zu sein, wird durch die fortschreitende Politisierung der Religion und die pseudoelitäre Haltung der alles besser wissenden Ultras gebremst. Forderungen der Frommen, die Halacha als einzig gültiges Ordnungsprinzip im jüdischen Staat einzuführen, entfremden das wahre Judentum vielen Juden.

Zum Thema „keine Existenz ohne Koexistenz" (zwischen frommen und weltlichen Juden) fand unlängst in der Residenz des Staatspräsidenten Chaim Herzog ein Studientag statt. Doch aus dem Lager der Ultraorthodoxen erschien niemand. Für sie sei das Thema kein Problem. Sie weigern sich sowieso, den Staat der Juden, seinen Präsidenten und seine Gerichte anzuerkennen. Sie lehnen Wahlrecht, Steuern und soziale Vergünstigungen ab, sprechen Hebräisch ausschließlich im Gebet. Denn die „heilige Sprache" darf ja nicht im Alltag profaniert werden.

Doch wir weltlichen zionistischen Bürger wollen nicht vor der Unvermeidlichkeit eines derartigen Gottesstaates kapitulieren. Vielleicht wird langfristig unvermeidbar werden, was die Staatsgründer vermeiden wollten, nämlich eine klare Trennung zwischen Staat und Synagoge.

Das würde wohl den Interessen beider Seiten dienen: Das religiöse Establishment wäre von politischen Zwängen befreit, der Staat könnte, ohne religiösen Zwang, nach demokratischen Prinzipien geleitet werden. Oder wäre das nur ein Versuch, den Wind mit Netzen zu fangen?

Wir weltlichen Israelis, in den Augen der Frommen glaubenslose Ketzer, reagieren allzu selten auf den religiösen Zwang, dem man uns an der Schwelle zum Jahre 2000 unterwirft, aber zügellosen Randgruppen reißt manchmal schon die Geduld.

Nach dem Plakatkrieg um die angeblich obszönen Bademoden steckten Rowdys eine Synagoge im Tel Aviver Vorort Kfar Schalom in Brand. Vandalen zerrissen Gebetbücher und Thorarollen in einer anderen Betstube, klecksten Sprüche wie „alle Frommen raus" auf Mauern religiöser Institutionen in Jerusalem, als „letzte Warnung an unsere Chomeiniisten".

In der Frommen-Stadt Bne Brak wurde die Rabbi-Akiba-Straße mit der Parole beschmiert „dross kol doss" – überfahrt alle Frommen.

Da entrüstete sich die Zeitschrift „Das orthodoxe Lager", das seien „schlimmere Zustände als in der Sowjet-Union". Und ein klarer Geist wie Staatspräsident Herzog sah sich an die „dunkelsten Tage unserer Geschichte" erinnert.

Was uns die Zukunft noch bescheren könnte, versucht das politisch-satirische Kabarettstück „Der letzte säkulare Jude" von Schmuel Hasfari zu zeigen.

„Nach dem nächsten Krieg" ist Israel eine Chomeini-artige Theokratie namens „Judäa" geworden, alle Widersacher der herrschenden Religiösen werden verhaftet, vernommen und gefoltert, um damit dem „Zionismus genannten, unglückseligen Experiment ein Ende zu bereiten".

Prompt mahnte ein vom religiösen Innenminister eingesetzter Zensurausschuß, die Aufführung müsse abgesetzt werden; sie könne „die Gefühle der religiösen Bürger verletzen".

Erst nachdem die Öffentlichkeit gegen diese Beschränkung der Meinungsfreiheit protestierte, konnte „Der letzte säkulare Jude" vorletzte Woche in Tel Aviv aufgeführt werden – mit etlichen Streichungen.

Wir sind gewarnt.

Rabbi Bläu, Anhänger: In Israel herrschen wie Chomeini im Iran

GRIECHENLAND

Schnell heiß

Athen hat die Grenzen zur Türkei geschlossen und läßt scharf schießen – aus Furcht vor einer Welle iranischer Flüchtlinge.

Die letzten 80 Meter seiner 3000 Kilometer langen Reise aus dem Iran bis zur türkisch-griechischen Grenze legte Mohammed Gordschi, 39, per Boot zurück. Zusammen mit weiteren 35 Iranern setzte ihn ein türkischer Fischer am griechischen Ufer des Ewros-Flusses ab.

Gordschi und seine Gefährten waren die vorläufig letzten Iraner, denen es gelang, den Grenzfluß zu passieren und illegal nach Griechenland einzureisen. Denn seit kurzem überwachen Trupps bewaffneter Soldaten den unwegsamen Abschnitt der insgesamt 180 Kilometer langen Grenze, die zum Menschenschmuggel vortrefflich geeignet ist.

Die „Blockade gegen die Karawanen der Verzweiflung" (so die Athener Zeitung „Ta Nea") wurde angeordnet, nachdem sich nur wenige Kilometer von der Grenze entfernt 3000 bis 3500 Iraner zusammengeschart hatten, um nach Westen weiterzureisen.

Für die Türken ist der Flüchtlingsstrom aus dem Chomeini-Staat zu einer schweren Last geworden. Rund vier Millionen Iraner kamen seit 1980 in das westliche Nachbarland – die Türkei verlangt von Iranern kein Visum.

Den meisten gelang es, nach den USA, Kanada und Westeuropa weiterzureisen. Viele aber tauchten in türkischen Großstädten unter und warten auf ihre Ausreisechance.

Zwischen Teheran und Istanbul funktioniert ein gut organisiertes Netz von Schleppern, die für ständigen Flüchtlingsnachschub sorgen. Vor allem Angehörige der Oberklasse verlassen den Iran zuhauf – meistens nicht, weil sie politisch verfolgt werden, sondern weil sie den Kriegsfolgen oder dem Wehrdienst entgehen wollen.

Für jeden ausgeschleusten Iraner verlangen die Schmuggler ein Kopfgeld von 3000 bis 6000 Dollar. Eine Anzahlung